

Anlage zur Tagesordnung für die Ratssitzung am 08.05.2018

(Stand: 24.04.2018)

I. Allgemeines

Der Einladung zur Ratssitzung sind keine Vorlagen beigelegt, die in den Ausschüssen beraten wurden bzw. noch beraten werden. Diese Vorlagen befinden sich in den Händen der Ratsmitglieder. Beratungsergebnisse und Erläuterungen zu diesen Vorlagen finden Sie im weiteren Verlauf dieser Anlage.

Vorlagen, die Themen enthalten, die in erster Lesung im Rat eingebracht werden, z. B. Fraktionsanträge oder Vorlagen, die eine geänderte Sachlage berücksichtigen, sowie sonstige Vorlagen, die keiner vorherigen Beratung in den Ausschüssen bedürfen, z. B. Berichte über die Durchführung der Beschlüsse, sind der Tagesordnung als Anlagen beigelegt.

II. Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
Eine Erläuterung erübrigt sich.
- 2 Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
Die Niederschrift über die Sitzung des Rates am 06.03.2018 – öffentlicher Teil – ist den Ratsmitgliedern zugegangen.
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 06.03.2018 - öffentlicher Teil**
Vorlage: 0132/2018
Die Vorlage ist beigelegt.
- 4 Mitteilungen des Bürgermeisters**
Eventuelle Mitteilungen wird Herr Bürgermeister Urbach mündlich bekannt geben.
- 5 Digitale Langzeitarchivierung: Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung**
Vorlage: 0144/2018
Das Beratungsergebnis aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 03.05.2018 wird bekannt gegeben.
- 6 Digitalisierung/Organisationsuntersuchung**
Vorlage: 0147/2018
Das Beratungsergebnis aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 03.05.2018 wird bekannt gegeben.
- 7 Änderung der Elternbeitragssatzung**
Vorlage: 0131/2018
Der Jugendhilfeausschuss hat in der Sitzung am 19.04.2018 einstimmig bei Enthaltung von Bündnis 90/DIE GRÜNEN beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:
 1. Die monatliche Obergrenze der Elternbeiträge für Schulkinder, die das Außerunterrichtliche Angebot im Offenen Ganztage an den städtischen Grundschulen besuchen, wird von 180 EUR auf 185 EUR angehoben. Ab dem 01.08.2019 erhöht sich diese Obergrenze jährlich zum 01.08. um jeweils 3% (kaufmännisch auf volle Euro gerundet).

2. Die Satzung der Stadt Bergisch Gladbach zur Erhebung von Elternbeiträgen für die Tagesbetreuung von Kindern wird in der Fassung der IX. Nachtragssatzung geändert.
3. Die geänderte Satzung tritt zum 01.08.2018 in Kraft.

Das Beratungsergebnis aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 03.05.2018 wird bekannt gegeben.

8 Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages mit der Immobilien- und Standortgemeinschaft Hauptstraße e.V.

Vorlage: 0149/2018

Das Beratungsergebnis aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 03.05.2018 wird bekannt gegeben.

9 Beschluss der Satzung über die Festlegung des Gebietes der Immobilien- und Standortgemeinschaft Hauptstraße e.V. und über die Erhebung von Abgaben nach dem Gesetz über Immobilien- und Standortgemeinschaften (ISGG NRW)

Vorlage: 0150/2018

Das Beratungsergebnis aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 03.05.2018 wird bekannt gegeben.

10 Integriertes Handlungskonzept Bensberg

- Beschluss zum programmjahrbezogenen Förderantrag 2018 des InHK Bensberg

Vorlage: 0101/2018

Der Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss hat in der Sitzung am 17.04.2018 einstimmig beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Die Verwaltung wird damit beauftragt, auf der Grundlage des InHK Bensberg, des Grundförderbescheides der Bezirksregierung Köln vom 31.08.2017 und des Programmjahrtrags 2018 für aktive Stadt- und Ortsteilzentren die beantragten Einzelmaßnahmen weiter planerisch zu qualifizieren und nach den jeweiligen förderbezogenen Zusagen die Umsetzung anzustreben.

11 Bebauungsplan Nr. 1521 - Diepeschrather Weg -

- Beschluss zu den Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung

- Beschluss zu den Stellungnahmen aus der 1. öffentlichen Auslegung

- Beschluss zu den Stellungnahmen aus der 2. öffentlichen Auslegung

- Beschluss als Satzung

Vorlage: 0125/2018

Die Vorlage ist beigefügt.

Nachrichtliche Darstellung des bisherigen Beratungsverlaufes in Ergänzung der Sachdarstellung in der Vorlage Nr. 0125/2018:

Der Planungsausschuss hat in der Sitzung am 21.08.2008 zu der Vorlage Nr. 448/2008 in getrennter Abstimmung über die einzelnen Ziffern des Beschlussvorschlages jeweils mehrheitlich gegen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und BfBB die folgenden Beschlüsse gefasst:

- I. Gemäß § 2 in Verbindung mit den §§ 8 ff Baugesetzbuch ist der Bebauungsplan Nr. 1521 – Diepeschrather Weg – als verbindlicher Bauleitplan im Sinne von § 30 Abs. 1 Baugesetzbuch (qualifizierter Bebauungsplan) aufzustellen. Der Bebauungsplan setzt die genauen Grenzen seines räumlichen Geltungsbereiches fest (§ 9 Abs. 7 Baugesetzbuch).
- II. Der Planungsausschuss beschließt, das Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 1521 – Diepeschrather Weg – auf der Grundlage des Vorentwurfes fortzusetzen und beauftragt die Verwaltung, die Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB mittels Aushang durchzuführen.

Der Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss hat in der Sitzung am 12.09.2017 zu der Vorlage Nr. 0249/2017 in getrennter Abstimmung über die einzelnen Ziffern des Beschlussvorschlages jeweils einstimmig bei Enthaltung von Bündnis 90/DIE GRÜNEN die folgenden Beschlüsse gefasst:

- I. Der Planungsausschuss beauftragt die Verwaltung, das Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 1521 – Diepeschrather Weg – auf der Grundlage des überarbeiteten Vorentwurfes und unter Berücksichtigung des Beratungsergebnisses fortzusetzen.
- II. Gem. § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) ist der Bebauungsplan Nr. 1521 – Diepeschrather Weg – mit seiner Begründung und den bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.

Der Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss hat in der Sitzung am 28.02.2018 zu der Vorlage Nr. 0039/2018 in getrennter Abstimmung über die einzelnen Ziffern des Beschlussvorschlages mehrheitlich gegen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL folgenden Beschluss gefasst:

- I. Den im Rahmen der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplans Nr. 1521 – Diepeschrather Weg – gem. § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) eingereichten Anregungen von
 - T1 LVR-Amt für Bodendenkmalpflege wird entsprochen,
 - T2 Rheinisch-Bergischer Kreis wird teilweise entsprochen,
 - T3 PLEdoc GmbH wird entsprochen.

Der Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss hat in der Sitzung am 28.02.2018 zu der Vorlage Nr. 0039/2018 in getrennter Abstimmung über die einzelnen Ziffern des Beschlussvorschlages einstimmig folgenden Beschluss gefasst:

- II. Der Entwurf des Bebauungsplans Nr. 1521 – Diepeschrather Weg – ist unter Beifügung seiner Begründung und den bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen erneut gem. § 4a Abs. 3 BauGB auszulegen. Stellungnahmen sind nur zu den geänderten/ergänzten Teilen zugelassen. Die Dauer der Auslegung und die Frist zur Stellungnahme sind auf zwei Wochen zu verkürzen. (§ 4a Abs. 3 Satz 2 und 3 BauGB).

Der Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss hat in der Sitzung am 17.04.2018 zu der Vorlage Nr. 0099/2018 in getrennter Abstimmung über die einzelnen Ziffern des Beschlussvorschlages jeweils mehrheitlich gegen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlungen zu geben:

- I. Den im Rahmen der 2. öffentlichen Auslegung des Bebauungsplans Nr. 1521 – Diepeschrather Weg – gem. § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) eingereichten Anregungen von
 - T1 Rheinisch-Bergischer Kreis wird teilweise entsprochen.
- II. Der Bebauungsplan Nr. 1521 – Diepeschrather Weg – wird gemäß § 10 BauGB und der §§ 7 und 41 GO NRW unter Beigabe der Begründung gemäß § 9 Abs. 8 BauGB als Satzung beschlossen.

12 Einwohnerfragestunde

Vorlage: 0152/2018

Die Vorlage ist beigefügt.

13 Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten der Stadt Bergisch Gladbach, hier: Vertretung der Stadt in der Verbandsversammlung des Strundeverbandes

Vorlage: 0083/2018

Das Beratungsergebnis aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Infra-

struktur und Verkehr am 24.04.2018 wird bekannt gegeben.

- 14 Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen**
- 14.1 Antrag der SPD-Fraktion vom 19.04.2018 (eingegangen am 19.04.2018) auf Umbesetzung in Ausschüssen**
Vorlage: 0156/2018
Die Vorlage ist beigefügt.
- 14.2 Antrag der FDP-Fraktion vom 23.04.2018 (eingegangen am 23.04.2018) auf Umbesetzung in Ausschüssen**
Vorlage: 0157/2018
Die Vorlage ist beigefügt.
- 14.3 Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 19.03.2018 (eingegangen am 24.04.2018) auf Umbesetzung in Ausschüssen**
Vorlage: 0159/2018
Die Vorlage ist beigefügt.
- 14.4 Antrag der CDU-Fraktion vom 24.04.2018 (eingegangen am 24.04.2018) auf Umbesetzung in Ausschüssen**
Vorlage: 0161/2018
Die Vorlage ist beigefügt.
- 15 Anträge der Fraktionen**
- 15.1 Antrag der FDP-Fraktion vom 23.04.2018 (eingegangen am 23.04.2018) „Kinderbetreuung verbessern - Betreuungsvielfalt und Flexibilität ausbauen!“**
Vorlage: 0158/2018
Die Vorlage ist beigefügt.
- 15.2 Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion vom 23.04.2018 (eingegangen am 24.04.2018) „Heimatsförderung“**
Vorlage: 0160/2018
Die Vorlage ist beigefügt.
- 16 Anfragen der Ratsmitglieder**
Eine Erläuterung erübrigt sich.